

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schreibleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim
25 %, auswärtiger Preis 30 %. Reklamezeile 90 %. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichs-Anzeigerliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 95.

Samstag den 14. August 1920.

20. Jahrgang.

Das wirtschaftliche Dienstjahr.

Anlässlich der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Prof. Schäffling die Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres angeregt. Im Laufe der Beratungen ist allerdings ein diesbezüglicher Antrag zurückgezogen worden, weil die Frage zur Zeit noch nicht spruchreif ist und eingehender Erwägungen bedarf.

Hast sämtliche Reichstagsparteien haben der Aufhebung der Dienstpflicht nur unter dem harten Zwange der Entente zugestimmt. Denn alle waren sich klar bewußt, daß wir mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht einen ganz hervorragenden Erziehungsfaktor zur stillen und körperlichen Erziehung verlieren und daß in irgendeiner Form Ersatz hierfür gefunden werden muß. Während der Kriegszeit und der anschließenden Revolutionsjahre ist unsere Jugend allzu sehr sich selbst überlassen gewesen. Die Familienväter und Lehrer waren zum weitaus größten Teil im Felde. Von einer strengen Ueberwachung der Jugend konnte da keine Rede sein. Kein Wunder, daß unsere heutige Jugend so wenig von Pflichtbewußtsein und Arbeitslust durchdrungen ist. Auf der heranwachsenden Generation ruht aber unsere ganze Hoffnung. Das ganze deutsche Volk, wir alle, haben das größte Interesse, in ihr wieder Lust zur Arbeit und Sinn für Bittigkeit und Nützlichkeit zu wecken, und sie auf diese Weise zu brauchbaren Männern heranzuziehen. Den besten Weg hierzu glaubt man in der Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres, in einer einjährigen allgemeinen Ehren-Arbeitspflicht für das gesamte deutsche Volk gefunden zu haben.

Es würde sich hierbei nicht um einen Versuch handeln. Das kleine Bulgarien ist uns bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Dort ist seit einiger Zeit die allgemeine Arbeitspflicht für Männer und Frauen gesetzlich eingeführt. Danach sind alle Bulgaren, die Männer mit dem 20. und die Frauen mit dem 18. Lebensjahr, verpflichtet zu arbeiten, das heißt, dem Staate den Kontribut ihrer Arbeit zu leisten. Sie werden in allen Gebieten des wirtschaftlichen Auf- und Neubaus in Anspruch genommen, zum Bau von Verkehrslinien, Kanälen, Eisenbahnen und zu deren Inbetriebhaltung. Sie werden in gleicher Weise herangezogen werden zum Bau der staatlichen und kommunalen Gebäude, in den Bergwerken, in den Werkstätten, und in den Fabriken. Die Dienstleistung wird durch eine rigens geschaffene „Generaldirektion der Arbeit“ kontrolliert werden. Ein jeder Bulgare ist persönlich dieser Arbeitsleistung verpflichtet.

Warum sollte das nicht auch bei uns möglich sein? Und besonders heute, wo wir allein in der Arbeit unsere letzte Hoffnung erblicken. Der Friedensvertrag zwingt uns zu den höchsten Arbeitsleistungen, wenn wir uns je wieder von der ungeheuren Schuldenlast befreien wollen. Mit unserer Hände Arbeit allein können wir die Kohle aus dem Bergwerk fördern und die Werte schaffen, mit denen wir die gewaltige Milliardenschuld ablösen müssen. Je größer unsere Arbeitsleistungen sind, desto früher können wir der finanziellen Versklavung ein Ende machen.

Am praktischsten wäre eine gesetzliche Regelung, wonach jeder deutsche junge Mann ohne Standesunterschied vom 20. bis zum 21. Lebensjahr dem gesamten deutschen Volke zur Arbeit für das Vaterland dient. Selbstverständlich müßte hier der Geeignetheit und körperlichen Tauglichkeit durch Einreichung der Arbeitspflichtigen in verschiedene Gruppen Rechnung getragen werden.

Ueber diese Gruppeneinteilung wurden vor kurzem in der „Germania“ von angelegener Seite ganz interessante Vorschläge gemacht. In der Zuspitzung heißt es u. a.:

Als wichtigste Gruppe kämen den Bergarbeiter-Abteilungen in Betracht zur Unterstützung der Bergarbeit und zur Erreichung der höchst möglichen Kohlenförderung, sowie zur Erzielung eines möglichst billigen Gewinnungspreises für diesen so überaus wichtigen schwarzen Diamanten. Eine Herabsetzung des Verdienstes der Bergarbeiter und geschulten Bergarbeiter darf hierdurch in keiner Weise stattfinden. Die von den deutschen Bergarbeitern angeordnete Herabsetzung ihrer schweeren Arbeitszeit unter Tag auf 8 Stunden könnte dann leichter durchgeführt und täglich anstatt drei Schichten zu je 8 Stunden vier Schichten zu je 6 Stunden auf sämtliche Gruben gearbeitet werden.

Für die Ausführung anderer, wichtiger Staatsprojekte müßte man andere Arbeitsgruppen und -Abteilungen, so z. B. zum Ausbau von Flüssen und zum Bau elektrischer Kraftanlagen, Ueberlandleitungen, nach deren Fertigstellung Kohlen exportiert werden. Gebildete Tiefbau-Abteilungen könnten zur Ausführung der großen Kanalprojekte wie Donau-Main-Kanal, deutsche Rheinmündung, Eisenbahnabzweigungen zum Bau von Staatsbahnen. Kulturbau-Abteilungen zur Trockenlegung von Mooren. großen landwirtschaftlichen Arbeiten (auch Einzelkommandierungen zu den kleinen Landwirten), Forstwirtschaft im Großen, Abteilungen zur Hilfeleistung bei öffentlichen Notzuständen, Ueberschwemmungen usw. herangezogen werden.

Die Arbeiter-Abteilungen sollten wie früher die Soldaten in der Armee einheitlich und schlicht gekleidet werden. Fairer, unentgeltliche Unterkunft, unentgeltliche Verpflegung und sonstige Bedürfnisse eine nicht zu geringe Entlohnung erhalten. Nach der Arbeitszeit und einer gut bewiesenen Auserkennung soll die übrige freie Zeit mit nützlichem Unterricht

Turnen und Sport ausgefüllt werden. Viele Stellenlos-Offiziere, Militärbeamten und Kapitulanten-Unteroffiziere könnten hier als Führer, technische (Blonier-, Eisenbahn-, Metall- und technische Offiziere) und Verwaltungsbeamten neben den Zivil-Tiefbau-, Berg-Ingenieuren eine geistige Tätigkeit finden.

In Verbindung mit diesem Gedanken läßt sich auch das Arbeitslosenproblem wesentlich herabmildern. Werden in einer Gegend oder in einer Großstadt eine große Zahl Personen arbeitslos, so könnten sie zeitweise zu besonderen Arbeitsabteilungen eingezogen und gegen entsprechende gute Bezahlung, Verpflegung, Unterbringung bei den großen Staats- und Gemeinde-Projekten verwendet werden, bis die Masse wieder eine regelmäßige Arbeit erhalten kann. Auf solche Weise wäre das Geld für die Arbeitslosenunterstützung nutzbringender angelegt, als nach dem bisherigen Verfahren.

Diese Vorschläge haben viel für sich, wenn man sie vielleicht auch als etwas gewagt bezeichnen kann. Immerhin verdienen sie besondere Beachtung und können der Reichsregierung bei der Lösung dieses Problems als willkommene Richtlinien dienen.

Unsere wirtschaftliche Zukunft.

Das Anleiheprojekt der Entente.

Es ist ein Verdienst des Reichsfinanzministers Dr. Brüch, daß er eine Gelegenheit benutzte, um dem Vertreter eines Schweizer Blattes gegenüber darzulegen, wie sehr die Hoffnungen, die man in Frankreich auf die deutschen finanziellen Leistungen setzt, die Grenzen des Möglichen überschreiten. Er hat aus einandergelegt, daß die Forderungen, die Frankreich nach unabweisbaren Pressurem in Genf stellen will, auf den einzelnen Einwohner Deutschlands berechnet, dessen Einkommen weit übersteigen, daß einem Zinsentilgungssatz und einer Steuerleistung von zusammen 4400 Mark nur ein Durchschnittseinkommen der deutschen Erwerbstätigen von 3000 Mark gegenübersteht.

Es ist damit gezeigt, daß das deutsche Volk selbst bei Opferung seines gesamten Einkommens nicht imstande wäre, den Ansprüchen der Alliierten zu genügen. Dabei wäre noch ganz außer Acht gelassen, daß das deutsche Volk auch leben muß und außerdem, daß bei Berechnung des Durchschnittseinkommens offenbar die steigende Arbeitslosigkeit nicht in Betracht gezogen worden ist. Aus dieser ganzen Berechnung geht aber auch hervor, daß unsere Lage in dieser Hinsicht durchaus nicht viel besser ist als diejenige Deutschlands, dessen Presse gelegentlich der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain rund heraus erklärt hat, daß Deutsch-Österreich überhaupt nichts zahlen könne. Nun ist in der Presse der Alliierten neuerdings ein Plan erwähnt worden, der anscheinend die Ansicht maßgebender Kreise der Entente wiedergibt und der darauf hinaus läuft, daß die Alliierten eine große Anleihe in allen Ländern der Welt unterzubringen versuchen würden, die für die Tilgung der deutschen Schulden bestimmt sei. Danach würde dem deutschen Volke nur die Zahlung der Zinsen und Amortisationsbeträge zur Last fallen. Dieser Plan sieht sich im ersten Augenblick ganz schön an, aber bei der ungeheuren Summe, um die es sich handeln würde, wäre er doch nur eine Umschreibung der uns obliegenden Zahlungspflicht, denn es kann uns schließlich gleichgültig sein, ob sich die zu leistende jährliche Summe „Rate“ oder „Zinsen und Amortisation“ nennt.

Wenn die Alliierten ernstlich mit einer ausreichenden Wiedergutmachung rechnen, so müssen sie begreifen lernen, daß sie uns Zeit lassen müssen, uns wirtschaftlich vollständig zu erholen, ja daß sie sogar am besten tun würden, uns darin jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Erst wenn wir wieder in der Lage sind, die verlangte Summe über unseren eigenen Bedarf hinaus durch unsere produktive Arbeit zu verdienen, erst dann wäre an eine Wiedergutmachung zu denken. Ob die Genfer Konferenz sich auch zu dieser Ansicht wird durchdringen können?

Produktive Erwerbslosen-fürsorge.

Die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates.

Die zahlreichen Betriebseinstellungen in allen Industriezweigen und die rapid zunehmende Arbeitslosigkeit haben den ehemaligen mehrheitssozialistischen Reichswirtschaftsminister Wissell veranlaßt, kurz nach dem Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrates einen Antrag betr. Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge einzubringen. In der letzten gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschusses wurde jetzt der Bericht des Unterausschusses vorgelegt.

Der Unterausschuß ist, wie der Berichterstatter Wissell ausführte, zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Gefahr, die der Industrie durch Betriebseinstellungen drohe, in weiten Kreisen der Bevölkerung unterschätzt werde. Die Absatzstodung sei nicht auf den sogenannten „Käuferstreik“ zurückzuführen, sondern die Preise seien so hoch gestiegen, daß das Publikum nicht mehr kaufen könne. Es sei an eine Preis-

senkung durch Abbau der Löhne und Gehälter sei nicht zu denken, da die Lohnsteigerungen eine sekundäre Erscheinung der Absatzstodung seien. Das Primäre sei die Steigerung der Rohstoffpreise. Eine Herabminderung der Löhne würde ein noch größeres Herabsinken der Kaufkraft der Massen zur Folge haben. Es besteht im Reichswirtschaftsrat volle Uebereinstimmung darin, daß an einen Abbau der Löhne nicht eher gedacht werden darf, als bis auch die Kosten der Lebenshaltung ermäßigt worden sind.

Der Unterausschuß schlägt dem Reichswirtschaftsrat eine Reihe von Maßnahmen allgemeiner Art vor, die der Reichsregierung zur eingehenden Prüfung vorzulegen sind:

1. Der Abbau von Betrieben oder die wesentliche Einschränkung der Produktionsmöglichkeit eines Betriebes durch ganzen oder teilweisen Verkauf bisher zum Betriebe benutzter Produktionsmittel aus dem Betriebe heraus ist unter einer vorherigen Anmeldepflicht zu stellen und von einer Genehmigung abhängig zu machen.

2. Die Stilllegung von Betrieben ist im einzelnen Falle durch einen Sachverständigenausschuß unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitnehmern auf ihrer vollwirtschaftlichen Berechtigung zu prüfen. Dem Ausschuss ist das Recht zu geben, Maßnahmen zur Fortführung des Betriebes bei einer öffentlichen Stelle in die Wege zu leiten. Als solche Maßnahmen sind in Aussicht zu nehmen u. a. die Erteilung von öffentlichen Aufträgen, die Verpflegung der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Rohstoffgesellschaften, die ihrer Bewirtschaftung unterliegenden Rohstoffe zu den der Marktlage entsprechenden Preisen den Verbräuchern abzugeben, ferner die Gewährung von Betriebskapital durch gemeinschaftlichen Zusammenschluß der Gewerbetreibenden, z. B. durch Beteiligung von noch nicht abgesetzten Fertig- und Halbfabrikaten, auch durch Beteiligung öffentlicher Stellen, und schließlich die Gewährung von Ausfuhrerlaubnissen unter gleichzeitiger Fürsorge für den notwendigen Inlandsbedarf.

3. Bei Abbrüchen sowie bei Stilllegung trotz Veranordnung oder Verbot der dazu in Aussicht genommenen, nicht bürokratischen Stelle, ist der öffentlichen Stelle oder einer vorhandenen Berufsleistung das Recht zu geben, den Betrieb im Interesse der Allgemeinheit selbst oder durch einen Dritten weiterzuführen, zu verpachten oder zu enteignen.

4. Während der durch die Krise erzwungenen Kurzarbeit ist den Arbeitern pro angefallene Arbeitsstunde ein noch zu bestimmender Prozentsatz des tarifmäßigen Mindestlohnes aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu vergüten. In der Erwartung, daß die Durchführung der vom Unterausschuß vorgeschlagenen Mittel und Wege die völlige Arbeitslosigkeit stark einschränken, ist die formale zeitliche Begrenzung der geldlichen Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen für die Zukunft fallen zu lassen.

Außerdem hat der Unterausschuß für die einzelnen Gewerbe verschiedene Beschlüsse gefaßt. So wird die Vesteuerung von Druckpapier zu erschwerten Preisen, und für die Schwindmühle werden Maßnahmen gefordert, ebenso für die durch freiwilligen Zusammenschluß gebildeten Arbeitskreise bisher erwerbsloser Personen, wenn sie unter sachgemäßer Führung stehen und Arbeitsmöglichkeiten nachweisen. Auch für Schifffahrt, Schiffbau und Hochseefischer werden verschiedene Vorschläge gemacht.

Stellungnahme der Regierung.

Im Anschluß an die Berichterstattung ergriff Staatssekretär Dr. Hirsch für das Reichswirtschaftsministerium das Wort, um zu der Frage Stellung zu nehmen. Er betonte einleitend, daß die Notwendigkeit sorgfältiger Erwägung umso dringender sei, als man befürchten muß, daß die Krise durch die Kohlenentziehung der Industrie, die durch Spana notwendig wird, sich noch verschärfen. Die Regierung wird mit größeren Notstandsarbeiten schon in kürzester Zeit einlegen; der Anfang wird mit dem Bau des Main-Donau-Kanals gemacht werden und mit der Redar-Kanalisation. Um die Absatzstodung zu heben, sei es notwendig, daß die Preise sich der Kaufkraft des Publikums anpassen. Die notwendige Maßnahme bleibe selbstverständlich, die Kohlenförderung zu heben.

Zu den Vorschlägen des Unterausschusses über die Anmeldung und Genehmigung der Betriebseinstellungen und Stilllegungen könne er mitteilen, daß schon in den allernächsten Tagen dementsprechende Verordnungen erscheinen werden. Auch die Vergütung öffentlicher Aufträge wird besonders in der Textilindustrie im beschränkten Maße durchgeführt werden. Die bestellten Waren sollen den Bergarbeitern zur Verfügung gestellt werden.

Aus den weiteren Mitteilungen der Regierungsvorrede ging hervor, daß die sowohl vom Reichswirtschaftsministerium wie vom Reichsarbeitsministerium bereits in Angriff genommenen oder doch geplanten Maßnahmen sich in der gleichen Richtung bewegen, wie die im Reichswirtschaftsrat zur Erörterung stehenden. Die zweite Lesung für die Beiprägung des Antrages Wissell ist auf Freitag anberaumt.

Frankreich und Rußland.

Anerkennung des Generals Wrangel durch Frankreich.
— Lloyd George überrascht und besorgt.

Nach einer Pariser Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Havas hat die französische Regierung

Beschlossen, angeht die militärischen Erfolge, der festen Stellung der Regierung des Generals Wrangel und der erhaltenen Versicherungen über die demokratische Form der Verwaltung, diese als tatsächliche Regierung von Südrußland anzuerkennen. Ein französischer diplomatischer Vertreter wird nach Sebastopol mit dem Titel eines hohen Kommissars geschickt. Ferner hat die französische Regierung den französischen Handelsattaché in London angewiesen, weder Besprechungen noch Besprechungen mit Kamenev und Krasin, den Vertretern der Sowjetregierung, zu unterhalten.

Beide Nachrichten haben in London großes Aufsehen erregt. Als die Anerkennung Wrangels im Unterhaus bekannt wurde, erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, er habe die Meldung mit Ueberraschung und Beforgnis gelesen. Eine Mitteilung dieser Art sei ihm nicht zugegangen. Er könne kaum annehmen, daß die Meldung korrekt sei, weil er sicher sei, daß Milner ihm die Absichten der französischen Regierung bekannt gegeben haben würde, wenn er etwas derartiges beabsichtige. Ein Vorschlag auf Anerkennung Wrangels sei auf der Konferenz in Sythe nicht gemacht worden. Lloyd George fügte hinzu, England beabsichtige nicht, Wrangel anzuerkennen.

Mit einem Schlage tritt der Gegensatz zwischen Frankreich und England in der Beurteilung der Opferfragen in voller Größe zu Tage. Schon seit langem war es klar, daß die Ostpolitik der britischen Regierung, die zielbewußt auf eine wirtschaftliche Annäherung mit Sowjetrußland hinarbeitete, in Frankreich auf großen Widerstand stieß. Das französische Volk kann den Verlust seiner Milliarden nicht verschmerzen und sucht infolgedessen alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Sturz der verhassten Bolschewikenherrschaft zum Ziele haben. Darum hat die französische Regierung jetzt den General Wrangel als Inhaber der Regierungsgewalt in Südrußland formell anerkannt und einen „Hohen Kommissar“ als amtlichen Vertreter zu ihm entsandt, wohl in der sicheren Hoffnung, daß dieser später die russischen Schulden an Frankreich zurückzahlen werde.

Wenige Monate nach dem Zusammenbruch der gegenrevolutionären Unternehmungen der zaristischen Generale Koltschak, Denikin und Judenitsch hat der russische General Wrangel vor etwa drei Monaten von der Krim aus den Widerstand gegen die Bolschewiki organisiert und vermocht auch, während die Russen an der polnischen Front beschäftigt waren, ganz beträchtliche Erfolge zu erzielen. Nach den neuesten Meldungen hat er die Stadt Alexandrow, die etwa 200 Kilometer nördlich der Krimhalbinsel an der wichtigen Bahnlinie nach Charkow und nahe dem Dnepr gelegen ist, in schwerem Kampfe genommen. Diese Erfolge hat er vor allem dem Kriegsmaterial zu verdanken, das ihm die Entente in großen Mengen zukommen ließ. Auch von englischer Seite hat er sicherliche Unterstützung gehabt. England hat aber bald darauf Wrangel allein lassen und der Verständigung mit Rußland geipfert. Bekanntlich hat die Sowjetregierung das Zustandekommen der Londoner Friedenskonferenz von der bedingungslosen Unterwerfung Wrangels abhängig gemacht, wobei ihm allerdings Amnestie zugesagt wurde.

Frankreich scheint nun die Pläne Englands, auf dieser Grundlage mit der Sowjetregierung eine Einigung zu erzielen, bewußt durchkreuzen zu wollen. Das beweist auch die Weisung an ihren Londoner Vertreter, jeglichen Verkehr mit den bolschewistischen Delegierten zu meiden.

In London hat die Haltung der französischen Regierung großes Versehen hervorgerufen. Als die Verständigung der Davaumeldung eintraf, hat das Unterhaus, das bereits in die Ferien gehen sollte, daß die Ferien aufgehoben würden und die nächste Sitzung für kommenden Montag anberaumt würde. Die französische Presse merkt bereits, welches Unheil Milner mit der Anerkennung Wrangels heraufbeschworen hat. Dem „Matin“ ist die Verstimmung, die zwischen England und Frankreich hervorgerufen wurde, sehr peinlich, der „Devoir“ beschränkt sogar, daß Wrangel den Franzosen die Allianz mit England kosten werde. Dieser Preis scheint der Pariser Presse doch zu hoch zu sein. Man wird gespannt darauf sein können, wie Milner sich aus der Verlegenheit zu helfen wissen wird.

Vor Warschaws Toren.

Der Angriff im Gange.

Die „Times“ meldet:

Ein Moskauer Funkpruch besagt, daß die Rote Armee auf allen nach Warschau führenden Straßen die Verbindung aufgenommen hat und daß der beabsichtigte groß angelegte Angriff auf Warschau im Gange ist. Die polnische Regierung hat alle Einwohner Warschaws zu den Waffen gerufen.

Nördlich Warschau geht der Vormarsch der Russen wegen der kleinen Festung Pułtusk weiter. Um die Stadt wird noch mit den polnischen Rückzugsverbänden gekämpft, die sich der östlichen Flankierung von Bydgoszcz her zu entziehen suchen. Nach dem polnischen Frontbericht haben die polnischen Freiwilligenabteilungen alle russischen Angriffe auf Pułtusk abgewiesen.

Polnischer Rückzug auf Soldau.

Nach heftigen Kämpfen haben die Bolschewiken die Stadt Miława endgültig besetzt. Schwache polnische Kräfte sind auf Soldau zurückgegangen, wo sie Schützengräben ausheben. Die Russen sind bisher noch nicht in den polnischen Korridor eingedrungen. Es hat nur unmittelbar an der Grenze des früheren deutschen Gebietes ein unbedeutendes Gefecht der Vorposten stattgefunden. Eine artilleristisch schwache Beschießung der Bahnstation Rarym im polnischen Korridor halbwegs der Bahn Soldau—Miława wird gemeldet.

Die Russen warten auf die polnische Delegation.

Nach Meldungen aus russischer Quelle haben die russischen Vertreter am 9. August vergeblich die polnischen Delegierten an der Grenze erwartet. Die russische Regierung hat deshalb erneut bei der polnischen Regierung dröhnend angefragt, wann die polnischen Vertreter eintreffen. Am 10. August sandte das russische Oberkommando Autos nach Siedlec, aber auch diesmal wurde die polnische Delegation nicht vorgefunden. Später eroberte die Rote Armee Siedlec und entbedte die polnische Delegation in der Stadt. Die Abordnung

wurde nach Wijnz gerannt, um dort zu verhandeln. Nach einer Warschauer Meldung wurde die polnische Delegation am Donnerstag in Warschau zurückwartet. Wo sie sich augenblicklich befindet, geht aus den vorliegenden Meldungen nicht hervor.

Politische Rundschau.

— Berlin, 12. August 1920.

— Das Reichsfinanzministerium hat mit Erlass vom 11. August die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen zum Einkommensteuergesetz bis zum 30. September verlängert.

— Der neue deutsche Geschäftsträger in Japan, Dr. Solz, ist in Tokio eingetroffen und hat die Geschäfte übernommen.

— Neuer Angriff auf das deutsche Konsulat in Tadjik. Stabsarzt Dr. Schütz, der nach dem Tode des Konsuls Wustrow die Geschäfte des deutschen Konsulats in Tadjik weitergeführt hat, berichtet über einen erneuten Angriff auf dieses Konsulat. Die Absicht des Dr. Schütz, die im Konsulat lagernden Waffen zu vernichten, damit sie nicht in unrechte Hände fallen, war zur Kenntnis der persischen Demokraten gelangt. Deren Führer drängen daraufhin in das Konsulat ein und durchsuchten es und raubten die Waffen. Dr. Schütz ist zur Aufführung des Vorfalls von seiner vorgefetzten Behörde nach Teheran befohlen worden.

— Die rheinischen Bauern gegen den preussischen Landwirtschaftsminister. In Köln fand am Mittwoch ein rheinischer Bauernrat statt. Es wurden zwei Entschlüsse angenommen, in denen es unter anderem heißt: „Die rheinische Landwirtschaft bedauert aufs lebhafteste, daß der preussische Landwirtschaftsminister sich bewußt in einen scharfen Gegensatz stellt zu dem Berufe, dessen Interessen wahrzunehmen er als Minister an erster Stelle berufen ist. Sie erwarten, daß er einem Manne Platz macht, der sich mehr als erster Vertreter der Landwirtschaft, als der Staatsregierung fühlt und betätigt.“

— Ein entsetztes Grenzermärchen. Während der Konferenz in Spa waren in belgischen Blättern Meldungen über sensationelle Leichenfunde bei Nachen verbreitet, die auf die Ermordung von Belgiern während der Tage des Vormarsches 1914 zurückgeführt wurden. Amtliche Nachforschungen haben ergeben, daß es sich um vier Belgier handelt, die nach ordnungsmäßiger, in den Akten der 29. Infanteriebrigade aufbewahrter Gerichtsverhandlung vor dem Feldkriegsgericht zum Tode verurteilt und in Dörf bei Nachen erschossen worden sind, weil ihnen nachgewiesen worden war, daß sie deutschen Verwundeten die Hälse abgeschnitten, andere Verwundete erschossen hatten.

— Von einer Magdeburger Spitzelzentrale ist gegenwärtig viel die Rede. Unter dem Verdacht planmäßiger Falschmeldungen zu Putzschloßberechtungen sind dort einige Leute festgenommen worden. Es handelt sich um einen Lehrer Otto Hiesing, einen Rechtsanwalt Schaper und noch einige andere Leute, die mit Spitzeln teils ziviler, teils militärischer Herkunft in Beziehungen gestanden haben, und die das Material, das diese Spitzel ihnen gegen Bezahlung übermittelten, an Interessentenkreise, zum Teil auch an die Presse, weitergaben. Es wird behauptet, es beständen Beziehungen zu anderen Organisationen, die man auch im Verdacht des Spitzeltums hat, der „Vinterton-Gesellschaft“ und der „Deutschen Wirtschaftshilfe“. Es wird weiter behauptet, es spielten auch militärische Nachrichtenstellen dabei eine Rolle. Auch mit der Selbstschutzorganisation „Eiserich“ soll die Spitzelzentrale in Verbindung gestanden haben. Nach einer Mitteilung der Hauptorganisation „Eiserich“ soll nur eine untere Stelle der Organisation einige Tage mit der Magdeburger Zentrale in Verbindung gestanden haben. Wie weit diese Meldungen zutreffen, wird die weitere Untersuchung ergeben müssen.

— Eine Stadt ohne Stadtverordnetenversammlung. In der Stadt Waldenburg (Schlesien) haben sämtliche Stadtverordnete ihre Mandate niedergelegt. Um eine ordnungsmäßige Weiterführung der kommunalen Geschäfte zu gewährleisten, mußte die Provinzialregierung zu einer außerordentlichen Verwaltungsmäßnahme ihre Zuflucht nehmen. Der Regierungspräsident setzte eine aus sieben Köpfen bestehende Kommission ein, die einstweilen die Funktionen der Stadtverordnetenversammlung auszuüben hat.

Rundschau im Auslande.

— Der megistanische Rebellenführer Billa ist an der Spitze von 3000 treuen Anhängern in San Pedro eingezogen und hat sich der Regierung Querta ergeben.

Schweiz: Die Ministerzusammenkünfte in der Schweiz.

— Die „Tribuna“ meldet daß sich Giolitti am 28. August mit Lloyd George in Lugano treffen werde. Die Begegnung mit Milner and wurde auf die ersten Septemberstage verschoben. — „Idea Nazionale“ will aus Paris mit aller Bestimmtheit erfahren haben, Lloyd George wüßte das Zusammenreffen mit Giolitti zu beschleunigen. Nachdem er durch seinen Widerstand gegen den französischen Plan einer Hilfe für Polen dies zum Friedensschluß gezwungen und so den Gedanken einer Londoner Friedenskonferenz gerichtet habe, wolle er vor der Abreise nach dem geplanten Entente mit den russischen Vertretern sich mit Giolitti, dessen Teilnahme der letzten nahestehe, einigen. In Paris sehe man dieser privaten Konferenz begreiflicherweise mit sehr gemischten Gefühlen entgegen.

Locales und Provinzielles.

— Geisenheim, 14. Aug. Die städtischen Körperschaften wählten gestern in gemeinsamer Sitzung Herrn Kreisobersekretär Stahl in Rudesheim zum Bürgermeister unserer Stadt. Das Gehalt wurde nach Gruppe X der staatlichen Besoldungsordnung festgesetzt. Bürgermeister Johann Franz Stahl ist am 8. Mai 1890 zu Oberlahnstein geboren. Nach mehrjährigem Besuch der Volksschule genoss er seine weitere Schulausbildung an den humanistischen Gymnasien zu Dieburg, Frankfurt und Northheim bis einschließlich Unterprima, aus der er ausschied, um sich der mittleren Beamtenlaufbahn der preussischen inneren Verwaltung zu widmen. Nach mehrjähriger Ausbildung als Volontär in den verschiedensten Zweigen der Verwaltung absolvierte er 1911/12 sein Einj.-Freiw.-Jahr im Inf. Regt. 81 und wurde dann zu Anfang des Jahres 1913 Supernumerar bei der Regierung in Wiesbaden. Von 1916—1919 als Kreissekretär am Landratsamte Marienberg (Westerwald) tätig, wurde er am 1. November 1919 auf seinen Wunsch als Kreissekretär nach Rudesheim versetzt, und bald zum Kreis-

obersekretär ernannt. Seit November 1919 ist Bürgermeister Stahl verheiratet. Sein Vater stammt von Winkel, seine Mutter von Johannisberg.

— Geisenheim, 14. Aug. Mit dem heutigen Tage verläßt unser seitheriger Bürgermeister Herr Dr. Schneider unsere Stadt um die Bürgermeisterstelle der Stadt Dillenburg anzutreten, nachdem seine dortige Wahl bereits im Regierungsamtsblatte bestätigt worden ist. Wir können nicht umhin, dem Scheidenden ein herzliches Lebewohl zuzurufen. Der größte Teil der Bevölkerung sieht Herrn Bürgermeister Dr. Schneider nur mit Bedauern von hier scheiden, da er es verstanden hat die starken Gegensätze, die hier herrschen, bei vielen Fragen zu überbrücken und zu verwickeln. Wir wünschen ihm, daß er sich in seinem neuen Wirkungskreise in Dillenburg wohl fühlen möge. Die Bevölkerung unserer Stadt wird im ein dankbares Gedenken bewahren.

— Geisenheim, 14. Aug. Am Sonntag den 22. August, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Gesangsverein „Cäcilie“ im „Hotel Germania“ bei günstiger Witterung ein Gartenkonzert mit darauffolgendem Ball. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, seinen Mitgliedern, Freunden und Gönnern der Sangeskunst auf diesem Gebiete wieder etwas außergewöhnliches zu bieten, zumal noch zwei auswärtige Vereine, Männergesangsverein Arion, Bingerbrück und Harmonie, Rempten zur definitiven Mitwirkung gewonnen sind. Außer schönen Volksliedern, welche die drei Vereine abwechselnd zu Gehör bringen, kommen auch einige Kunst-Massenchöre von mindestens 160 Sängern zum Vortrag und wir glauben schon im Voraus versichern zu dürfen, daß das wertvolle Publikum auch bei diesem Sommerkonzert in jeder Hinsicht zufriedengestellt werden wird.

— Geisenheim, 14. Aug. Morgen Sonntag Nachmittags finden zwei interessante Fußball-Wettspiele auf dem hiesigen Sportplatz statt. Um 3 Uhr tritt die Jugend-Mannschaft gegen die gleiche von F.-C. Kreuznach 02 an und um 5 Uhr die 3. Mannschaft gegen die 1. Mannschaft des F.-B. „Schwarze El“ von Ingelheim.

— Geisenheim, 14. Aug. Freigabe der Hindenburgbrücke am 1. September. Zwischen der belgischen und preussischen Regierung schweben zurzeit Verhandlungen über die Erhebung von Brückengeld für den Wagenverkehr der Zivilbevölkerung über die Hindenburg-Rheinbrücke zwischen Gausheim und Rudesheim. Der Wagenverkehr soll, wie die Rhein- und Nahezeitung erfährt, voraussichtlich am 1. September freigegeben werden.

— Frankfurt, 10. Aug. Nicht weniger als zwölf Bedienstete der Eisenbahngedächtnisfeier des Frankfurter Hauptbahnhofes mußten auf einen Schlag entlassen werden. — Auch bei der Güterabfertigung Frankfurt-Hauptbahnhof wurden von der Eisenbahnpolizei in den letzten Tagen eine Anzahl Diebe entlarvt, die sich an Eisenbahngüter vergriffen haben. Unter den ermittelten Dieben befinden sich Eisenbahnangestellte, die in sehr guten Verhältnissen leben.

— Die Deutsche Turnerschaft zählte am 1. Januar 1920 1 1/2 Millionen Mitglieder; sie ist trotz der ungeheuren Verluste, die sie im Kriege erlitt, wieder in kräftigster Entwicklung begriffen. Besonders das Turnen und Spielen der Jugend hat große Ausbreitung gewonnen, ein verheißungsvolles Zeichen beginnenden Wiedererwachens deutscher Volkskraft. Die Deutsche Turnerschaft hat jetzt eine eigene Haftpflichtversicherung und Unfallkasse errichtet, bei denen jeder Angehörige ohne weiteres versichert ist.

— Die Ferien sind vorüber. Nach mehrwöchiger schöner Ferienzeit nimmt die Schule wieder ihren Anfang und die Pflicht ruft von neuem. Das Wandern und Rudern, das Jagen und Spielen in Wald und Feld, all die schönen Ferienfreuden haben nun ein Ende. Nicht viele waren in diesem Jahre in der glücklichen Lage, in eine Sommerreise zu ziehen. Die unerschwinglichen Eisenbahnfahrpreise und die Inflationspreise haben es ihnen verwehrt. Den Großstädtern ist zum Teil durch öffentliche Organisationen das Reisen in einer Sommerreise ermöglicht worden. Manche kamen mit dem Lehrer von der Ostsee, wo sie in geschlossener Ordnung die Ferien verbrachten, andere von einzelnen Eltern, wo sie sich zu neuen Anstrengungen erholen durften. Dem es nicht vergnügt war, das große Los zu ziehen, der hat in täglichen Wanderungen in der näheren Umgebung seines Heimatortes einen Ersatz gefunden, der, wie die gebräunten Gesichter zeigen, seinen Zweck nicht verfehlte. Nun heißt es wieder ernsthaft an die Arbeiten gehen, damit die Leistungen Michaels zu guten Jenseiten und zur Verbesserung führen.

— Radleschen und Rettiche lassen sich auf den abgeräumten Frühgemüsebeeten sehr wohl im August zur Ernte im Herbst anbauen. Man lockert das abgeerntete Beet gründlich und säet die Körner in Reihen nicht allzu dicht. Nach etwa acht Tagen ist die Saat aufgebrochen, und man hält von ihr die lästigen Erbsen ab, durch fern, daß man die Pflänzchen häufig mit Wasser überbräut, wie denn überhaupt bei Radleschen und Rettichen Bewässerung ungemein zum Wachstum beiträgt. Im allgemeinen vermeide man, Radleschen und Rettiche zu dick werden zu lassen. Im mittleren Stadium ihrer Entwicklung ist der Geschmack am besten. Für die Herbstsaat sind vor allem frühzeitige Sorten zu empfehlen. In erster Linie empfehlenswert sind die sogenannten kurzlaubigen Radleschenarten, die ihre Kraft und Saft nicht den Blättern, sondern den Knollen zuwenden. Auch werden rote Radleschen den weißen vorgezogen. Also eine kurzlaubige, rote, runde Radleschenart würde für die Herbstsaat am empfehlenswertesten sein. Will der Gartenfreund dagegen möglichst viel Fleisch erzielen, so sind die weißen länglichen Herbstrettiche zu empfehlen. Wenn auch die Herbstkultur nicht solche gewichtige Exemplare hervorbringen kann als diejenige, welche man im Mai sät, so liefert sie immerhin bis weit in den Oktober hinein für den Frühstückstisch schmackhafte Rettiche.

— Entschärftung des Militärpasses. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und vielfach auch Privatfirmen verlangen immer noch, daß Stellenbewerber ihren Militärpaß vorlegen. Dies veranlaßt ehemalige Militärpersonen, bei den Abwicklungsstellen auf die Ausfertigung ihres Passes zu drängen. Dadurch tritt eine Verzögerung in der Abwicklung ein, und die fristnahe Auslösung der Abwicklungsstellen wird in Frage gestellt. Es liegt im dringenden finanziellen Interesse des Reichs, daß hierin Wandel geschaffen wird. Auch kann das Entfordern des Militärpasses auch da-

Die Stellenbewerber im Gefolge haben, weil sehr oft erst nach Monaten der ausgeteilte Paß dem Bewerber zugestellt werden kann. Die Reichs- und Landesbehörden sind daher auf Anregung des Reichskommissars kürzlich gebeten worden, dahin zu wirken, daß die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden bei den Stellenbewerbungen von der Vorlegung des Militärpasses absehen. Es wäre erwünscht, wenn auch die Privatfirmen im Interesse der Reichsfinanzen und der Stellenbewerber von der Vorlegung des Militärpasses absehen würden.

Aus Stadt und Land.

Millionenschiebungen beim Eisenbahnbau. Millionenchiebungen zum Nachteil des Eisenbahnbau wurden laut „Frankfurter Zeitung“ beim Bahnbau Minden i. Westf.-Rienburg a. Weser entdeckt. Die Kriminalpolizei in Hannover nahm 16 Personen, Angestellte einer Bauunternehmung, und Eisenbahnbeamte in Haft. Bei der Staatsanwaltschaft in Hannover waren zahlreiche Beschwerden über Mißstände beim Bahnbau eingegangen.

Staat auf einem Rittergut. Auf dem Rittergut Schönholz bei Rhinow (Brandenburg) kam es zwischen einem Arbeiter und dem Gutspächter vor Jahren zu Verwerfungen, die dazu führten, daß der Arbeiter sich eine neue Probstelle suchte. Als er gerade im Begriff war, seine Habeligkeiten vom Gute fortzuschaffen, fingen, wie die „B. z.“ am Mittwoch berichtet, die beiden 19-jährigen Söhne mit dem Arbeiter einen Streit an, fielen über das Fuhrwerk her und töteten den Arbeiter durch zwei Schüsse. Der eine Sohn des Herrn von Rhinow hatte schon vor diesem Verbrechen häufig die Arbeiter mit Schusswaffen bedroht und auf verlegt.

Der vogtländische Diktator im Sonderzug. Der vogtländische Kommunistenführer Hölz sollte von Gitschin nach Prag transportiert werden. Viele Kommunisten begleiteten ihn auf dem Bahnhof. Dadurch wurden die Passagiere des Zuges, den Hölz benutzen sollte, aufmerksam gemacht und erklärten, sie wollten mit keinem Mörder und Räuber reisen. Da die Aufregung der Leute gefährlich wurde, ließ der Bahnhofsvorstand den Wagen abkuppeln, in dem Hölz saß. Vermutlich wird man ihn im Extrazug nach Prag bringen müssen. Wie verlautet, hat die tschecho-slowakische Regierung die Auslieferung des Hölz abgelehnt. Sie steht auf dem Standpunkt, daß Hölz keine gemeinen, sondern nur politische Verbrechen im Vogtlande begangen habe.

Oktoberfest-Erfolg in München. Der Münchener Stadtrat hat bereits vor längerer Zeit abgelehnt, ein Oktoberfest, wie es seit 100 Jahren bis zum Kriege üblich war, abzuhalten. Auf das Drängen interessierter Kreise hin hat er jetzt beschlossen, Mitte September ein Herbstfest in kleinem Rahmen, aber im Stile des Oktoberfestes, abzuhalten.

Verheerungen einer Windhose. Aus dem Kreise Diepholz in Hannover wird über Verheerungen berichtet, die eine Windhose angerichtet hat. Ueber eine Strecke von 12 Kilometer ist das bereits gemähte Getreide von den Feldern vom Sturme fortgetragen und das Korn aus den Halben gesegt worden. Häuser wurden abgedeckt, Leitungsmasten abgedreht und Hunderte von Obstäumen umgerissen. Die Ernte hat auf der Strecke schwer gelitten.

Ein Universitätsmechaniker als Ehrendoktor. Die medizinische Fakultät der Universität Tübingen hat den Universitätsmechaniker Eugen Albrecht zum Ehrendoktor der Medizin ernannt. Diese seltene Ehrung wird damit begründet, daß Albrecht, der sich übrigens vor einigen Wochen wegen seines hohen Alters zur Ruhe gesetzt hat, die von berühmten Gelehrten und Forschern erdachten wissenschaftlichen Apparate und Instrumente zur Ausführung gebracht und dadurch zum Ruhme der deutschen Präzisionsmechanik beigetragen hat.

Kommunistische Unruhen in Memel. Zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei kam es Dienstagabend zu Zusammenstößen. Nach einer Kommunistenversammlung wollte sich ein Zug nach der Wohnung des Gouverneurs Odrz begeben, um gegen die von diesem ausgesprochene Ablehnung der Forderung der Rückkehr von drei im Juni ausgewiesenen Agitatoren zu demonstrieren. Die Polizei, die dem Zuge entgegentrat, wurde mit Steinen beworfen. Auch fielen aus der Menge zwei Schüsse. Die Polizei ging darauf mit der Waffe vor und trieb die Menge auseinander. Mehrere Polizisten und Demonstranten wurden verletzt. Die Arbeiter legten daraufhin in zahlreichen Betrieben die Arbeit nieder, auch das Gas- und das Elektrizitätswerk wurden stillgelegt. Am Mittwoch wurde der Generalstreik allgemein. Die Arbeiter wurden aus den Betrieben herausgeholt. Es handelt sich um eine kommunistische Aktion der Betriebsräte, deren Führer zum erheblichen Teil von auswärts hierher gekommen sind. Die Gewerkschaften sind vollkommen ausgeschaltet. Die Verhandlungen mit der französischen Besatzungsbehörde haben zu keinem Ergebnis geführt. Memel ist ohne Gas, Wasser und Elektrizität. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Verchiebung von Heeresgut. Nach Meldungen aus Woffenbüttel ist man dort einer riesigen Verchiebung von Heeresgut auf die Spur gekommen. Es soll sich dabei um etwa 1 1/2 Millionen wollene Decken und Drillanzüge handeln, deren Verchiebung bereits zum Teil gelungen ist. Der Gesamtwert des in Frage kommenden Heeresgutes wird auf etwa 25 Millionen Mark geschätzt. Zwei in Woffenbüttel wohnende Handelsagenten sind bereits verhaftet und nach Braunschweig transportiert worden. Die Wege der Untersuchung führten von Berlin über Hannover, Magdeburg und Köln nach Woffenbüttel.

Tödlicher Absturz. Fliegeroffizier Freiherr von Pöffe ist bei der Ausübung eines Gleitfluges von der Wasserkuppe im Rhöngebirge mit einem motorlosen Flugzeug infolge Steuerbruchs aus 150 Meter Höhe abstürzt und tödlich verunglückt. Auf der Wasserkuppe werden zurzeit Versuche mit motorlosen Flugzeugen unternommen, um neue gealtere Flügel- und Flugzeugformen ausfindig zu machen.

Raubüberfall im Schloß Wilhelmsthal bei Kassel. Mittwoch vormittag liegen sich drei gut gekleidete Männer im Schloß Wilhelmsthal durch den Kaskellan die Ehrenwürdigkeiten zeigen. Plötzlich warfen die drei Unbekannten den Kaskellan zu Boden, steckten ihm ein mitgebrachtes Handtuch in den Mund und betäubten ihn mit einer Flüssigkeit. Die Räuber beabsichtigten offenbar, einen Teil der überaus wertvollen Schloßgüter zu stehlen. Sie wurden aber bei ihrem Vorhaben gestört und flüchteten.

Ein Zwischenfall in Allenstein. In einem heftigen Zwischenfall kam es Dienstag nachmittag als mehrere betrunkenen italienische Soldaten durch die Stadt zogen und von Beamten der Sicherheitswehr zur Ruhe aufgefordert wurden. Im Verlaufe des Wortwechsels brachte ein italienischer Soldat einem Sicherheitsbeamten durch zwei Schüsse in den Hals schwere Verletzungen bei. Die angebrachte Menge ergriff gegen die Italiener Partei, und es entwickelte sich eine Schlägerei. Der Verletzte wurde von einem hinzukommenden italienischen Offizier festgenommen und in Gewahrsam gebracht. Der erste Abtransport der Italiener aus Allenstein ist am Mittwoch erfolgt.

Das Grubenunglück auf Zeche Kaiserstuhl. Zum Grubenunglück auf der Zeche „Kaiserstuhl 2“ wird der „Dortmunder Zeitung“ gemeldet, daß bis Mittwoch morgen sämtliche 30 Tote geborgen worden sind. Die Bergbehörden sind gegenwärtig noch mit der Untersuchung beschäftigt. Der Tag der Beisetzung wird erst nach Abschluß der Untersuchung festgesetzt werden.

Ein Doppelmord wurde in Mischeldorf bei Bingen an der Donau verübt. Der geistig minderwertige Kriegsinvalide Nimmerberger ermordete in einem Wahnsinnsanfall mit einem Messer den Schuhmachermeister Kossinger, nachdem er vorher dessen Frau mit 12 Stichen ums Leben gebracht hatte. Der Doppelmörder wurde dem Gerichte eingeliefert.

Für 25 Millionen Mark Sprit beschlagnahmt. Am 22. Juli ließ das Schiff „Kaiserstuhl IX“ mit 785 Faß Sprit aus Rotterdam für einen Kölner Empfänger in Köln ein. Der Empfänger legte Einfuhrbewilligung für die Sendung vor und beantragte Zollabfertigung. Ein Kontrolleur des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr schloß jedoch Verdacht gegen die Rechtmäßigkeit der Einfuhrbewilligung, veranlaßte die Zollbehörde, die Abfertigung noch hinauszuschieben, und fragte telegraphisch in Berlin beim Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr wegen der Angelegenheit an. Die hier vorgenommenen Nachforschungen ergaben, daß die Einfuhrbewilligung gefälscht war. Daraufhin wurde der Verfall der Sendung zu Gunsten des Reiches ausgesprochen. Die Sendung repräsentiert einen Wert von etwa 25 Millionen Mark. Der Empfänger, ein früherer Seemann, ist verhaftet worden.

Beisetzung des Generalfeldmarschalls v. Boehr. tag der verlebte Generalfeldmarschall von Boehr unter überaus zahlreicher Beteiligung der Militär- und Zivilbehörden beigesetzt. Der ehemalige Kaiser ließ einen Kranz niederlegen. Ein militärischer Kondukt erwies dem Dahingegangenen die letzten Ehrenbezeugungen. — Im Heeresverordnungsblatt widmete der Chef der Zeresleitung dem verstorbenen Heerführer einen warm empfundenen Nachruf, in dem es u. a. heißt: „Das VI. Armeekorps dankt seiner Führung die Kriegstüchtigkeit, die es im letzten Kriege überall ausgezeichnet hat. Mit seinem Landwehrkorps schloß er im großen Kriege die schließliche Heimführung der russische Uebermacht. Die Heldentaten dieses Korps haben seinen Namen in leuchtenden Lettern in die Kriegsgeschichte geschrieben. Seine marziale Persönlichkeit, das echte Bild eines preussischen Generals, wird im Heere unvergessen bleiben.“

Der Verkehr mit Ostpreußen wieder aufgenommen. Die Ostpreußenzüge vom Stettiner Bahnhof nach Königsberg verkehren ohne Unterbrechung wie bisher durch den polnischen Korridor. Auch die Post nach Ostpreußen wird wieder, wie bisher, durch den polnischen Korridor geleitet, da von den Polen die Sicherheit der Postsendungen gewährleistet ist.

Munitionsexplosion bei Florenz (Italien). In der Umgebung von Florenz flog infolge eines Brandes ein Munitionsdepot in die Luft. Eine große Anzahl Fensterscheiben wurde in der Stadt zertrümmert. Es entstand eine Panik. Man meldet zwei Tote und einige Verwundete.

Explosion in Dortmund. Im neuen Martinwerk des Stahlwerks Hoesch in Dortmund explodierte im Martinofen eine noch gefüllte Granate, die sich unter dem Stahlwerk zum Einschmelzen übergebenen angeblich geleerten Granaten aus alten Heeresbeständen befand. Die Zahl der Verunglückten beläuft sich auf 11 Personen. Bei drei von ihnen besteht Lebensgefahr. Nach den bisherigen Ermittlungen trifft das Stahlwerk Hoesch keine Schuld.

Neueste Nachrichten.

TU Königsberg, 14. Aug. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß die Entente-Kommission am 16. August nachmittags mit dem Rest der Ententetruppen aus Allenstein abfährt und an diesem Tage das Abstimmungsgebiet an den deutschen Reichskommission übergibt. Am 16. August steht der Reichswehr das Einrücken in das Abstimmungsgebiet offen, da dieses dann wieder Provinz Ostpreußen ist.

TU Basel, 14. Aug. Der Pariser „Temps“ meldet aus Warschau: Die polnische Kommission telegraphierte nach Warschau, daß die Russen ihre letzten Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten nicht gemildert hätten. Sie erwartet die Zustimmung der polnischen Regierung bis zum Freitagabend 12 Uhr.

TU Rotterdam, 14. Aug. „Evening Standard“ schreibt, daß die vorläufige Handlungsweise Frankreichs im Bezug auf Brangel, wenn sie endgültig durchgeführt wird, das Ende einer Veränderung des französisch-britischen Zusammengehens herbeiführen müsse, welche die französisch-britische Politik jetzt 15 Jahre beherrscht hat.

TU London, 24. Aug. Auch das Organ Lloyd Georges „Daily Chronicle“ sagt, Frankreich werde, wenn es weiterhin die eine Partei in Rußland gegen die andere ausspielt, bei dieser Ansicht allein stehen müssen. Das englische Volk verlange den Frieden und wolle sich nicht in einen Krieg hineintreiben lassen, der ein anderes Ziel habe als die Verteidigung der Freiheit derer, die zu schützen verprochen worden sei.

TU London, 14. Aug. Die Arbeiterkonferenz hat in der russisch-polnischen Frage den Vollzugsrat ermächtigt, einen allgemeinen Ausstand zu verkünden, falls die Regierung des Generals Brangel unterstützt oder Sowjetrußland in irgend einer Form angegriffen werden sollte. Die Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften, Arbeiter und parlamentarischen Arbeitervertreter, die im Unterhause stattfand, beschloß die völlige Arbeitsniederlegung, auch in dem Fall, daß die Blockade erneuert werde. Die Exekutivkomitees der angeschlossenen Organisationen des ganzen

Landes wurden aufgefordert, sich bereit zu halten, sofort zu einer nationalen Konferenz nach London zu eilen.

TU Stuttgart, 13. Aug. Da der zehnprozentige Steuerabzug bei der Arbeiterschaft der württembergischen Großindustrie mehrfachen Widerstand gefunden hat und mehrere Betriebsleitungen mit Gewalt gezwungen worden waren, den abgezogenen Steuerbetrag wieder herauszugeben, fand heute nachmittag im Reichsarbeitsministerium Württemberg eine Tagung der Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen statt, der auch Staatssekretär Moesle vom Reichsfinanzministerium, der seinen Urlaub unterbrochen hatte, beizuhnte. Staatssekretär Moesle erklärte es für eine absolute Unmöglichkeit, auf die Durchführung des Einkommensteuergesetzes zu verzichten und die Einkommensteuer zu ermäßigen. Vor einer Steuerabgabe könne nicht dringend genug gewarnt werden, denn diese müsse letzten Endes zum Staatsbankrott führen. Während dieser Versammlung demonstrierten fünftausend Arbeiter der staatlichen Eisenbahnwerkstätten vor dem Eisenbahngeneraldirektionsgebäude gegen den Steuerabzug.

TU Meiningen, 14. Aug. In Henneberg bei Meiningen hat der Arbeiter Kolte aus Wigenhausen a. d. Werra seine Frau, die sich dort bei ihren Eltern aufhielt, sein zweijähriges Kind und sich dann selbst erschossen.

Katholische Gottesdienstordnung in Geisenheim.

Samstag, den 14. Aug., von 4 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte. Sonntag, den 15. Aug., 7 Uhr: Frühmesse. 8 1/2 Uhr: Schlußmesse. 9 1/2 Uhr: Hochamt. 2 Uhr: Andacht zu Ehren der Mutter Gottes. Nach derselben ist Firmungsunterricht. Die Versammlung des Marienvereins fällt aus. Nächsten Sonntag ist Generalkommunion des Frauenbundes und aller Frauen.

Stiftungen:

Montag, 6 1/2 Uhr, gest. hl. Messe für Caspar Edel. 7 1/2 Uhr, gest. Amt für Johanna Geist geb. Warzelhan und Angehörige. Dienstag, 7 1/2 Uhr, Amt für den im Kriege gefallenen Martin Bröcklich. Mittwoch, 6 1/2 Uhr, gest. hl. Messe für Georg Hünauer. 7 1/2 Uhr, Amt für Karl Ewald. Donnerstag, 6 1/2 Uhr, gest. hl. Messe für Magdalena Travers und Angehörige. 7 1/2 Uhr, Amt für Anna Maria Oechs. Freitag, 7 1/2 Uhr, Amt für den im Kriege gefallenen Theobald Zuhlträger. Samstag, 6 1/2 Uhr, gest. hl. Messe für Pfarrer Feldmann. 7 1/2 Uhr, hl. Messe zu Ehren der Mutter Gottes.

Evangelische Gottesdienstordnung in Geisenheim.

Sonntag, den 15. August, vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. 10 Uhr: Kindergottesdienst und Christenlehre.

Täglich frische Wurst.
Frau Bach, Wwe.

Täglich frische Wurst
Karl Rath, Gastwirt

Prima neue Kartoffeln
eingetroffen.
Beste Birnen
zum Einmachen bei
Frau B. Rothhaupt.

Wollen Sie billig u. gut rauchen?
dann bestellen Sie sofort
2 Pfd. „Virginia“-Tabak
gar. rein Uebersee.
Preis nur 50 Mk. franko, oder
100 Stück la. Cigarren
gar. rein Uebersee.
Preis nur 75 Mk. franko.
Alle Preise einschl. Steuer u. Verpackung geg. Voreinsendung od. Nachnahme.
Jucozon-Gesellschaft
Frankfurt a. M.-Niederrad.
Händler verlangen Spezialpreise!

Empfehle billigt
alle Sorten Obst, besonders Mirabellen, Reineklauden, dicke Pflaumen und Zwetschen, Tafelbirnen und Äpfel, Kirschen und Fallobst.

Neben allen einschlägigen Gemüsen empfehle frisch eingetroffen Lachsbrüsklinge und alle Fischarten.
Holländer und Edamer Käse, Hand-Käse, holl. Margarine u. Fette, Eier.
Wöchentlich 2 Mal frische Hefe.
Frau B. Rothhaupt
Marktstraße.

Eingetroffen:
4 Meter lange Plöcke, Baumstüben, Wafschplöcke, Bretter u. Latten.
E. Dillmann.

Besuchskarten
sicher schnellstens
Buchdruckerei A. Jander.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Janfen

Verlag von Arthur Jander, Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Weiße Woche

beginnend

Montag, 16. August

Grosse Posten **WEISSE WAREN** jeder Art
zu **staunend billigen**

seit Jahren nicht mehr gekannten **Preisen.**

Günstige Gelegenheit für

Brautleute Hotels Anstalten

Gebr. **HAAS** Nachf., Bingen.



Obst-Versteigerung

Das Obst auf der Gräflich von Schönborn-
schen Wiese Rheinau bei Geisenheim wird am

Dienstag, den 17. August 1920,
vormittags 10 Uhr,

an Ort und Stelle öffentlich versteigert.

Geisenheim, den 12. August 1920.

Gräflich von Schönbornsches Rentamt:
Reinhardt.

Zwetschen-Versteigerung.

Montag, den 16. d. Mts. nachm. 5 Uhr,
läßt der Unterzeichnete die Zwetschen auf seiner Wiese
unterhalb der Erbsengasse in Abteilungen an Ort
und Stelle zum Verkauf ausbieten.

E. Christ.

H. **Laufersweiler**
Bingen a. Rh. Salzstr. 5.
Bei **Trauerfällen**
empfehle ich
Trauerhüte, Trauerschleier,
Trauer-Crêpe und Armfloren
in jeder Preislage.
Auswahlendung sofort zur Verfügung.

Ab Montag

schwere Läuferfische
beste Ferkel zu haben.

Ebelhäuser, Hattenheim.



A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende
täglich von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr.
Sonntags von 9—12 Uhr.

Behandlung von Mitgliedern der Allgem.
Ortskrankenkasse Rüdesheim,
Maschinenfabrik Johannisberg, Deutschnat. Kranken-
und Begräbniskasse Hamburg (Zweigstelle Eltville).

Färberei und chem. Reinigung Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12; Schwalbacherstrasse 9.

Annahmestelle für Rüdesheim, Geisenheim und
Umgebung Herr Schneidermeister. Schön, Rüdesheim
Neustrasse 12.

Reinigen u. färben sämtl. Herren- u. Damen-
gaderoben sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.
innerhalb 8—10 Tagen bei tadelloser Ausführung
und soliden Preisen. Trauersachen innerhalb 48 Stund.
Durch genügend Benzinverrat bin ich in der Lage, allen An-
forderungen im Reinigen gerecht zu werden.

Anton Vollmer

Naturheilkundiger.

Diplomiert an der freien Hochschule für
Naturheilkunde in Berlin.

Ehemals Assistent berühmter Berliner Naturärzte.

WIESBADEN, Rheinstr. 34.

Sprechzeit: Werktags von 9—10 und von 3—5 Uhr.
Sonntags von 9—10 Uhr.

Vollständige Preise! Vollständige Preise!

Kreuchhusten

Bronchial-Asthma und Verschleimung

Spezialbehandlung seit über 20 Jahren mit anerkannt

überragend schnellem, best. Erfolg.
O. Schlamp, Apotheker, Wiesbaden, Kaiser Friedr. Ring 17
Fernruf 2075. On parle français. English spoken.

Drucksachen liefert schnellstens
die Buchdruckerei
Arthur Jander.

Deutsches Haus Geisenheim.

Sonntag, den 15. August 1920, von
nachmittags 4 Uhr an:

Tanz-Bergnügen.

Eintritt frei! Getränke nach Belieben.

Es ladet höflich ein
Wilh. Reis.



H. **Laufersweiler**
Bingen a. Rh. Salzstr. 5.
Umpressen und
Fäyonieren von
Damen-Hüten
auf neueste elegante Formen
in tadelloser Ausführung.
Auch Herrenzylinder können zu Damenhüten umgeprägt werden.

Herren- u. Knaben-Bekleidung

Ohne Rücksicht auf den bisherigen
Selbstkostenpreis habe ich, um der
heutigen Zeit Rechnung zu tragen

bedeutende Preisermäßigungen

in allen Abteilungen vorgenommen.
Ueberzeugen Sie sich bitte durch
zwanglosen Besuch meines Lagers.

Bruno Wandt, WIESBADEN
Kirchgasse 56.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Gebe

**schönes Klebe-
gegen Körnerfrucht**
in Tausch. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Landhauskaufgesuch

(Villa) gegen bare Ausz.
Gefl. Off. an Hansenstein
& Bogler, Frankfurt a. M.
u. Th. M.

Zwetschen

zu verkaufen, eventl. auch
Verkauf einzelner Bäume.
Mühlstraße 6.

Pflaumen

das Pfund 50 Pfg.
Frau J. Bach Wwe.
Blaubachstr. 15.



Rheingauer Ruderverein 1912

Montag den 16. August
Zusammenkunft
im Vereinslokal Gasthaus
„Kränkel“, hier.
Der Vorstand.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Reichsband der Kriegsbeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannisberg.
Samstag den 14. August,
abends 8 Uhr pünktlich:
Vorstands- und
Komitee-Sitzung,
anschließend 8 1/2 Uhr:
Versammlung.
Verteilung von Lebensmitteln.
Vollständiges Erscheinen
dringend nötig.
Der Vorsitzende.

F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Heute Abend 8 Uhr:
Spieleführung
im Vereinslokal.
Pünktliches und vollständiges
Erscheinen wird erwartet.
Die weißen Trikots von
der 2. Jugendmannschaft sind
mitzubringen.

Morgen Sonntag spielt:
1. Jugendmannschaft gegen
die gleiche vom F. C. Kreuz-
nach 02, auf hiesigem Platz.
Anf. 3 Uhr. 3. Mannschaft
gegen 1. Mannschaft F. C.
Schwarze Elfen-Geisenheim.
Anf. 5 Uhr.
2. Mannschaft spielt das Rück-
spiel gegen die 3. Mannsch.
vom Sportverein Wiesbaden.
Abf. 11.30 Uhr.
Die heute Abend aufge-
stellte Mannschaft beteiligen
sich an den Verbandsspielen.
Der Spielausschuss.

Kath. Kirchenchor Geisenheim a. Rh.

Sonntag nach dem Hochamt
Gesangstunde

in der Germania, für sämtl.
Sänger, auch der Gesang-
vereine „Cäcilia“ u. „Lieder-
franz“, welche sich am Rosen-
chor gelegentlich des Bischof-
empfangs beteiligen.
Um zahlreiches Erscheinen
bittet
Der Vorstand.

Elektrisches Installations- Geschäft

für Licht und Kraftanlagen
Wilb. Kuhlmann
Hospitalstrasse 11.